

mitarbeiten 01/2020

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Neuerscheinung

Direkte Demokratie: Chancen, Grenzen und Herausforderungen

Die direkte Demokratie hat sich erfolgreich in der bundesdeutschen Beteiligungslandschaft etabliert. Insbesondere auf kommunaler Ebene wird sie seit vielen Jahren erprobt und durch Bürgerinnen und Bürger, durch Politik und Zivilgesellschaft regelmäßig genutzt. Dennoch entzündet sich in der kommunalen Praxis vor Ort immer wieder Kritik an der sog. sachunmittelbaren Demokratie, auch auf Bundesebene wird über die Einführung von Volksentscheiden kontrovers diskutiert. Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit beleuchtet nun aus verschiedenen Perspektiven die Chancen, Grenzen und Herausforderungen der direkten Demokratie.

Seit Mitte der 1990er Jahre wächst die Zahl der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Deutschland kontinuierlich. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation »Mehr Demokratie«, die als Fachverband die Entwicklung der direkten Demokratie seit vielen Jahren eng begleitet, werden pro Jahr im Schnitt etwa 300 neue Verfahren in Gemeinden, Städten und Landkreisen gestartet. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gehören somit auf kommunaler Ebene vielerorts zum Alltag.

Während die direkte Demokratie in den Kommunen und allen 16 Bundesländern in unterschiedlicher Ausprägung verbindlich gesetzlich verankert ist, werden die Diskussionen um die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene seit Jahren leidenschaftlich geführt. In Deutschland verfügen laut Umfragen die Befürworter/innen der direkten Demokratie auf Bundesebene über

eine Mehrheit, die sich allerdings im parlamentarischen Raum noch nicht abbildet. Während sich die Befürworter/innen von der Einführung unter anderem eine qualitative Stärkung der Demokratie versprechen, weisen die Gegner/innen auf verfassungsrechtliche Risiken hin und

kritisieren die soziale Selektivität und fehlende Legitimation direkter Demokratie. Roland Roth, Professor für Politikwissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal, analysiert in seinem Beitrag unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungstendenzen und Erfahrungen die Argumente für und gegen die direkte

Demokratie auf Bundesebene. In einem zweiten Beitrag zeigt Roth, wie Bürgerhaushalte, Bürgerbudgets und Beteiligungsfonds als Formen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene gelingen können.

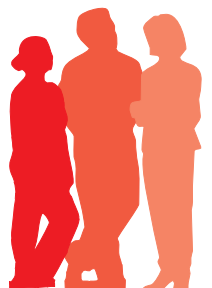
Bürgerbeteiligung muss bestimmten demokratische Anforderungen erfül-

len und für alle Beteiligten zufriedenstellend und gewinnbringend sein soll. Während für die Gestaltung dialogorientierter Bürgerbeteiligung mittlerweile umfassende Qualitätskriterien vorliegen, fehlen diese für den Bereich der direkten Demokratie. Vor diesem Hintergrund widmet sich Claudia Ritzi, Juniorprofessorin für Politische Theorie an der Universität Münster, in ihrem Beitrag den Qualitätsstandards der direkten Demokratie.

Diskursive Bürgerbeteiligungsverfahren und direktdemokratische Abstimmungen sind zwei wesentliche Ansätze zur Stärkung der partizipativen Demokratie. Sie unterscheiden sich allerdings in ihren Eigenschaften, Qualitäten und Einsatzmöglichkeiten. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen sinnvoller gegenseitiger Ergänzung einerseits und möglicher Konkurrenz andererseits. Der Beitrag von Hans-Liudger Diemel, Professor für Arbeitslehre, Technik und Partizipation an der TU Berlin, macht Vorschläge, ob und ggf. wie sich die unterschiedlichen Ansätze insbesondere auf kommunaler Ebene verbinden und nutzen lassen.

Ob die Schließung eines Schwimmbads oder der Neubau eines Museums: insbesondere an kommunalen Infrastrukturvorhaben entzündeten sich regelmäßig Konflikte. Nicht selten führen direktdemokratische Abstimmungen zu anderen Ergebnissen als im Vorfeld erwartet und erschweren und verzögern in der Folge kommunale Planung und Stadtentwicklung. Im kommunalen Dreieck von direkter, dialogischer und repräsentativer Demokratie verlaufen die Konfliktlinien in der Regel quer durch Einwohner- und Bevölkerungsgruppen, Zivilgesellschaft, Politik, Parteien und Verwaltung. Vor diesem

(Fortsetzung auf Seite 2)



»Direkte Demokratie...«

Hintergrund steuert Klaus Selle, Professor am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen, in seinem Beitrag Beobachtungen aus der Perspektive kommunaler Stadtentwicklungspolitik bei.

Die direkte Demokratie wird seit einigen Jahren von rechtspopulistischen, rechtsextremen und autoritären Bewegungen und Parteien gezielt für ihre politischen Anliegen genutzt. Auch in Deutschland lässt sich diese Instrumentalisierung längst feststellen. Frank Decker, Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, macht in seinem Beitrag Anmerkungen zum Verhältnis von direkter Demokratie und Populismus.

Europaweit gibt es vielfältige praktische Erfahrungen mit direktdemokratischen Verfahren und ihren Ergebnissen. Anna Krämling und Lars Paulus, wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in am Institut für Politikwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main, analysieren in ihrem Beitrag Volksabstimmungen in Europa mit Blick auf Minderheiten.

Nicht zuletzt widmen sich zwei Beiträge der gemeinhin als direktdemokratisches Musterland geltenden Schweiz. Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bern, erläutert in seinem Beitrag Verständnisse und Missverständnisse des Schweizer Demokratie-modells. Dr. Linards Udriš, stellvertretender Forschungsleiter des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft an der Universität Zürich, und Olaf Jandura, Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, untersuchen in ihrem Beitrag am Schweizer Beispiel die Rolle der Medien in direktdemokratischen Abstimmungskampagnen.

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Direkte Demokratie. Chancen, Grenzen und Herausforderungen. Bonn 2020, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 29, 200 S., 12,00 Euro, ISBN 978-3-941143-40-1, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung

Eine lebendige Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft sind auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das freiwillige Engagement im Verein ist dabei weiterhin der Regelfall. Doch wie gründe ich einen Verein? Wie formuliere ich eine Satzung? Und welche rechtlichen und organisatorischen Herausforderungen gilt es im Spannungsfeld von Gemeinnützigkeit und Abgabenordnung zu beachten? Eine Publikation der Stiftung Mitarbeit gibt zahlreiche alltagstaugliche Tipps zur freiwilligen Arbeit im Verein und zeigt, was Vereine als Ausdruck gelebter gesellschaftlicher Selbstorganisation und Solidarität mit Demokratie zu tun haben.

Das Vereinswesen in Deutschland besitzt eine lange Tradition als Motor gesellschaftlicher Innovation. Vereine sind Taktgeber des Fortschritts in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Vereine sind darüber hinaus in der Regel stark lokal verankert: etwa 72 Prozent engagieren sich vor Ort in ihrer Kommune. Statistisch ist jede/r Deutsche Mitglied in mindestens einem Verein.

Die Publikation gibt vor diesem Hintergrund all jenen Menschen Hilfestellung, die sich im Rahmen ihrer Vereinszugehörigkeit ehrenamtlich engagieren; sie richtet sich zugleich an diejenigen, die am Anfang ihrer freiwilligen »Vereinskarriere« stehen.

Auf der Basis eigener langjähriger Erfahrungen in der Beratung von Vereinen und Initiativen nimmt der Autor Christoph Hüttig die Leserinnen und Leser mit auf eine praxisnahe Reise durch das Vereinshaus. Er stellt die Grundprinzipien der Gemeinnützigkeit und die Fallstricke der Abgabenordnung ebenso vor wie die verschiedenen Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder, er informiert über die möglichen Arbeits-, Beschäftigungs- und Dienstverhältnisse im Rahmen eines Vereins. Wo liegen die Vorteile der Vereinsgründung und des eingetragenen Vereins, welche Voraussetzungen sind bei der Gründung eines Vereins zu beachten, wie muss eine

Satzung als »Grundgesetz des Vereins« ausgestaltet sein?

Die Arbeit im Verein ist bis heute eine der stärksten demokratischen Sozialisationsinstanzen in unserer Gesellschaft. Das Buch lenkt den

Blick folgerichtig auf die grundsätzliche Bedeutung von Teilhabe und demokratischer Willensbildung als unverzichtbare Leitprinzipien demokratischer und nachhaltiger Vereinsführung und Vereinsarbeit.

Eine »konsequent basisdemokratische Ausgestaltung der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf

allen Ebenen« stellt für Christoph Hüttig die »tragfähigste Säule des Vereinshauses« dar.

Daneben beschreibt der Autor mit den Begriffen »Kommunikation« und »Transparenz« noch zwei weitere Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung. Sein Fazit: Wenn Vereine als Ausdruck gelebter Demokratie diese Handlungsmaximen in ihrer alltäglichen Arbeit konsequent beherzigen, ist ein wichtiger Grundstein für eine erfolgreiche Vereinsarbeit gelegt.

Christoph Hüttig: Arbeit im Verein. Vereinsgründung, Rechtsgrundlagen und Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung. Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2016, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 51, 120 S., 12,00 Euro, ISBN 978-3-941143-32-6, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Förderfonds Demokratie: Zweite Bewerbungsphase

Zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet können sich ab sofort für die zweite Runde des Förderfonds Demokratie bewerben. Angesprochen werden Projekte, Initiativen und Ideen, die sich der offenen Gesellschaft und ihren demokratischen Werten verpflichtet fühlen, sich auf der Grundlage der Menschenrechte für das Gemeinwohl engagieren, die Dialogfähigkeit und Pluralität fördern und deren Arbeit ganz oder in Teilen durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement getragen wird.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Demokratisches Handeln muss in einem gemeinsamen Lernprozess entwickelt und geübt werden. Vor diesem Hintergrund werden mit dem Förderfonds Demokratie vorbildliche Vorhaben, Ideen und Projekte unterstützt, die einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Menschen sollen ermutigt werden, demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Noch bis zum 31. März 2020 können sich zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen (z.B. gemeinnützige Vereine, Stiftungen, Kinder- und Jugendprojekte, wissenschaftliche Institute, Sozialunternehmen, gGmbHs und selbstorganisierte Initiativen ohne Vereinsstruktur) aus

dem gesamten Bundesgebiet bewerben. Bewerbungen können online und postalisch eingereicht werden. Der Förderzeitraum für alle geförderten Vorhaben der zweiten Runde beträgt maximal 9 Monate (1. Juli



**Förderfonds
Demokratie**

2020 bis 31. März 2021).

Alle geförderten Projekte und Vorhaben erhalten zusätzlich zur finanziellen Unterstützung von 5.000,00 Euro die Gelegenheit, an einer Projektwerkstatt teilzunehmen, die den Austausch, die Vernetzung und die Professionalisierung der Projekte

unterstützt. Über die abschließende Auswahl der Projekte und die Bewilligung der Mittel entscheidet eine Jury, die sich aus Vertreter/innen der acht fördernden Stiftungen und der Stiftung Mitarbeit zusammensetzt.

Die Bewerbung steht unter der Leitfrage: »Was trägt Ihr Projekt zur Stärkung der Demokratie bei?«. Die Bewerberinnen und Bewerber erläutern im Förderantrag, welche demokratischen Impulse und welchen demokratischen Mehrwert das Projekt, die Idee, das Vorhaben im jeweiligen Wirkungskreis entfaltet. Innovative Ansätze und Vorhaben zur Demokratieentwicklung können auf dieser Grundlage eine Anschubfinanzierung erhalten, erprobte Projektideen, die bereits andernorts erfolgreich waren, können an andere Standorte transferiert werden. Somit sind auch solche Vorhaben förderfähig, die bereits vor Beginn der Förderung gestartet sind. Es ist ausdrücklich gewünscht, dass sich geförderte Projekte mit weiteren Partnern vernetzen und im Rahmen ihrer Arbeit mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung oder Wirtschaft kooperieren.

Ausführliche Informationen zur aktuellen zweiten Ausschreibungsrunde sowie ein Bewerbungsformular im Netz unter www.foerderfonds-demokratie.de

Netzwerk Demokratie stärken – Demokratie braucht Rückenwind

Die Demokratie braucht Menschen, die sie unterstützen und stärken. Auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen gibt es mittlerweile vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen, die genau das zum Thema machen und Demokratie mit Leben füllen. Gemeinsam engagieren sich Menschen aus verschiedenen Kontexten und Arbeitsfeldern, um zu verdeutlichen, dass sie ein gelingendes Zusammenleben aller Menschen gestalten wollen – egal woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen und wie alt sie sind. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Mitarbeit im November 2019 das »Netzwerk Demokratie stärken« gegründet. Das offene Netzwerk soll den Austausch bestehender und neuer Demokratie-Initiativen ermöglichen. Zur Auftaktveranstaltung im Bonner Haus der Geschichte kamen rund 50



Teilnehmer/innen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, die sich mit ihrer Arbeit für eine lebendige Demokratie einsetzen.

Nähere Informationen zu den Anliegen und Themen des Netzwerks bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle.

Wie verschaffen wir uns Gehör?

Untersuchungen zeigen, dass gute Zuhörer/innen schneller und effizienter zu einem guten Verhandlungserfolg gelangen, als Menschen, die sich vor allem auf ihre eigenen Argumente fokussieren. Insbesondere in einer Demokratie ist es wichtig, dass alle Bürger/innen die Fähigkeit besitzen, ihre Interessen und politischen Forderungen angemessen zu formulieren und zu kommunizieren. Genauso wichtig ist es aber auch, verschiedene Techniken des Zuhörens zu beherrschen und anwenden zu können. Denn, nur wer auch in der Lage ist, die Perspektiven und Interessen der anderen zu verstehen und bereit ist, ihnen Raum zu geben, kann sich angemessen

auf demokratische Aushandlungsprozesse einlassen. Politische Forderungen und Machtansprüche werden im Gespräch nicht nur über Inhalte verhandelt, sondern immer auch durch die Frage, wie miteinander gesprochen wird, wer wie lange sprechen darf oder auch wem tatsächlich zugehört wird, wenn er oder sie spricht. Im Seminar (13.-14. März 2020 in Mainz) erarbeiten die Teilnehmer/innen gemeinsam, wie sie ihre Interessen und Forderungen besser artikulieren und positionieren können, aber auch wie es gelingen kann, andere Positionen besser zu verstehen.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille de la Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Schwer erreichbare Zielgruppen einbeziehen

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteure, um ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht zu werden. Doch die Realität zeigt: oftmals beteiligen sich immer »die Gleichen«. Diese vielfach engagierten Menschen sind ohne Frage wichtig für unsere Demokratie und gesellschaftliche Entwicklung; allein ihr Beitrag ist nicht ausreichend. Wir brauchen auch die Meinungen »der Anderen«, die nicht so leicht zu erreichen sind und die sich aufgrund ihrer Lebenssituation, ihrer Bildung oder gesellschaftlichen Stellung nicht oder nur in geringem Maße artikulieren können

oder wollen. Doch wie kann dies gelingen? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Seminars (24.-25. April in Kassel). Die Teilnehmer/innen diskutieren und erarbeiten gemeinsam Strategien, wie Menschen erreicht werden können, die üblicherweise für Beteiligungsangebote »schwer zu erreichen« sind. Welche Methoden lassen sich sinnvoll einsetzen und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden? Das Seminar richtet sich an Gestalter/innen von Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Handlungsfähigkeit von Gruppen stärken

Menschen, die in Initiativen aktiv werden, sind meist ganz unterschiedlich, kommen aus verschiedenen Disziplinen, haben verschiedene soziale Hintergründe und Motivationen. In Gruppenzusammensetzungen liegt ein hohes Potenzial, um kreativ und konstruktiv an den gesetzten Zielen zu arbeiten, doch zugleich stellt dies die Gruppe auch vor große Herausforderungen. Unterschiedliche Herangehens- und Arbeitsweisen, Prioritätensetzung oder Einstellungen können effektives Arbeiten blockieren und verfügen über hohes Konfliktpotenzial. Im Seminar (24.-25. April in Walberberg) werden Hand-

lungsansätze vermittelt, die einen konstruktiven Umgang mit diesen Herausforderungen ermöglichen. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Teilnehmer/innen werden Themen wie Gruppendynamiken, Selbstorganisation und Handlungsspielräume bearbeitet. Die Teilnehmer/innen lernen Instrumente und Verfahren kennen, mit denen in der eigenen Gruppe eine Basis für effektive, gemeinschaftliche Arbeit entwickelt werden kann. Das Seminar findet in Kooperation mit der Bewegungsakademie e.V. statt.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshop

Konstruktives Miteinander im Verein stärken

Vereine sind eine demokratische Organisationsform der Zivilgesellschaft. Sie sind Lern- und Praxisorte der Demokratie. Um das gemeinsame Ziel zu erreichen, sind im Rahmen der Vereinsarbeit eine gemeinsame Willensbildung, offene Kommunikation, die Transparenz von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen sowie das Aushandeln von Interessen oder einem Konsens unverzichtbar. Vereinsvorstände tragen dafür eine zentrale Verantwortung. Was bedeutet das für die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstands und für die Kommunikation mit den Mitgliedern? Der Workshop (17.-18. April 2020 in Lubmin) bietet Vorstandsmitgliedern (und solchen, die es werden wollen) die Möglichkeit zu reflektieren, wie sie Kommunikation und Demokratisierung im eigenen Verein voranbringen können. Das Seminar findet in Kooperation mit der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern statt.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert.